Lange Strafen und Sicherungsverwahrung

Hans-Ludwig Kröber

Online publiziert: 22. April 2011
© Springer-Verlag 2011

Als die Herausgeber noch junge Erwachsene waren, dominierte im Strafvollzug das Ziel der Resozialisierung. Es wurde allerlei ausprobiert, was der sozialen Wiederaufnahme dienen könnte, auch in Laieninitiativen, ehrenamtlicher Knastarbeit. Dabei wurde die Gefährlichkeit der mit Hilfs- und Förderungsangeboten konfrontierten Langstraffer, die von vorurteilslosen Professoren und Studentinnen zum Italiener ausgeführt wurden, bisweilen bis zum bitteren Ende für nichtbeachtenswert gehalten. Das waren, so glaubte man, nur soziale Zuschreibungsprozesse, Gefährlichkeit ein juristisches Artefakt. Diese Form der Realitätsverleugnung hat einige Menschenleben gekostet und den Resozialisierungseifer etwas in Misskredit gebracht. Tatsächlich war die Richtung schon korrekt (wie man gerade jetzt merkt), es fehlte aber noch vielfach die Erfahrung, wie wirksame und sichere Sozialtherapie aussehen muss. Die Sicherungsverwahrung hielt man damals für eine aussterbende und im Kern barbarische Maßregel, die sich von selbst erledigen werde; man könne doch nicht Menschen ohne jede Möglichkeit zur Veränderung, zur Besserung, allein zur Sicherung einsperren.

Die Abkehr vom Primat der Resozialisierung und die Festlegung des Primats der größtmöglichen Sicherheit, ggf. auch mittels des härtesten Strafvollzugs, waren aber nicht Unglücksfällen und Fahrlässigkeiten im Resozialisierungsverhalten, sondern einer rechtspolitischen Wende geschuldet, die wiederum die Sicherheit als großes Wahlkampfthema entdeckte. Die Wähler waren durch die mit den Privatsendern massiv angestiegene Kriminalitätsberichterstattung zu der Auffassung gelangt, sie lebten in einem unsicheren Land

mit ständig steigender Gewalt- und Sexualdelinquenz. Da dies in Wahrheit nicht so ist, sich die Politik aber offenbar verpflichtet fühlt, auf jedes öffentlich intensiv diskutierte Verbrechen spätestens am Folgetag mit der Ankündigung von Gesetzesverschärfungen zu reagieren, bleibt den Fachleuten aus Rechtswissenschaft, Justiz, Strafvollzug, forensischer Psychiatrie und Psychologie sowie den Aktiven der Straffälligenhilfe nur die Möglichkeit, immer wieder auf die realen, kriminologischen Gegebenheiten zu verweisen und auf praktikablen und menschenwürdigen Lösungen zu insistieren. Vereinzelt, wie im letzten Jahr mit den Straßburger Urteilen, gibt es für dieses Projekt der Besinnung auch höchstrichterliche Vorgaben. Insofern beteiligt sich dieses Heft an einer aktuellen Diskussion. Es geht um den sozialen Sinn der langen Strafverbüßungen – sind sie erforderlich als gerechte Sühne? Schaffen sie Sicherheit – welche spezial- oder generalpräventiven Wirkungen haben sie? Diese Fragen beleuchtet zunächst der Beitrag von Kirstin Drenkhahn, die im Greifswalder Projekt zum Langstrafenvollzug geforscht hat, im Abgleich mit den sehr unterschiedlichen Straflängen in Europa. Richter am Bundesgerichtshof, Wolfgang Pfister, verdeutlicht die Widersprüche und Schwachstellen des immer rascheren Gesetzgebungsprozesses in Sachen Sicherungsverwahrung und seiner Resultate, bis hin zum zivilrechtlichen Bankrott der Strafsjustiz, dem Therapieunterbringungsgesetz (ThUG). Dieses wird von den Juristinnen Christine Morgenstern und Kirstin Drenkhahn sowie dem Psychiater Christoph Morgenstern einer kritischen Würdigung unterzogen. Parallel dazu veröffentlichen wir die Stellungnahme der psychiatrischen Fachgesellschaft, der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN), zum ThUG und dessen Kern, der ominösen „psychischen Störung“. Die DGPPN verwahrt sich gegen einen Missbrauch psychiatrischer Diagnosen für kriminalpolitische Zwecke.

H.-L. Kröber (✉)
Institut für Forensische Psychiatrie,
Charité – Universitätsmedizin Berlin,
Oranienburger Str. 285 (Haus 10), 13437 Berlin, Deutschland
E-Mail: Hans-Ludwig.Kroeber@charite.de

Es genügt aber nicht, auf einen rationalen Umgang mit den realen Kriminalitätsgefahren zu drängen. Die vorhandene Realität des Straf- und Maßregelvollzugs ist wahrzunehmen, zu analysieren und zu verbessern, um den Vollzug im Sinne seiner Besserungsaufgabe effektiver zu gestalten und die in Freiheitsentziehung verbrachten Zeiten zu verkürzen; dies gebieten die Humanität und Art. 1 des Grundgesetzes, es schont aber auch menschliche und finanzielle Ressourcen. Der Beitrag von Thomas Müller, Leiter der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, verdeutlicht am konkreten Beispiel die realen Probleme, denen sich eine Anstalt konfrontiert sieht, und lässt erkennen, wie viel Ausdauer es braucht, um Veränderungen zu etablieren. Eckpunkte der Vollzugsgestaltung bei Sicherungsverwahrten hat eine Arbeitsgruppe an den Justizverwaltungen der Länder Berlin und Brandenburg erarbeitet, die wir ebenfalls in die-

sem Heft dokumentieren. Die Anmerkungen Hans-Ludwig Kröbers zu den Eckpunkten sollen ergänzend beleuchten, auf welche abweichenden Vollzugsgewohnheiten sich die Vorschläge beziehen. Überlegungen zu den Möglichkeiten einer Intensivierung und dadurch Verkürzung freiheitsentziehender Behandlung finden sich dann auch in dem Beitrag von Hans-Ludwig Kröber und Frank Wendt zum psychiatrischen Maßregelvollzug, in dem eine Bestandsaufnahme über die Knotenpunkte und Schnittstellen beim jetzigen Behandlungsverlauf angestrebt wird. Wir hoffen, dass wir die mit diesem Heft angestoßene Diskussion auf der bevorstehenden Forensischen Junitagung in Berlin am 24.6.2011 („Alternativen zu endloser Freiheitsentziehung“) fortsetzen können.

H.-L. Kröber, Berlin